



# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag den 11 Mai 1882.

Nr. 218.

## Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 10. Mai.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Schatzsekretär Scholz, v. Bötticher, v. Mayr, v. Schmid (Württemberg) u. A.

Der Konsularvertrag mit Brasilien wird ohne Diskussion in dritter Lesung angenommen und darauf in die erste Beratung der Tabakmonopolvorlage eingetreten.

Staatssekretär Scholz, der zur Einleitung der Beratung das Wort ergreift, erklärt zunächst, daß der Reichskanzler leider von Neuem erkrankt sei, so daß er die Reise hierher nicht habe antreten können und deshalb zu seinem Bedauern verhindert sei, der heutigen Verhandlung beiwohnen zu können. Er (Redner) wolle deshalb einige einleitende Bemerkungen zu der Vorlage machen, wobei er allerdings schwerlich viel Neues sagen könne. Es komme ihm auch nur darauf an, den Standpunkt der Regierung möglichst klar darzulegen und ihn zu vertreten gegenüber den mehr oder weniger wichtigen, aber der Zahl nach bedeutenden Gegengründen, und den ungeschickten Freunden des Monopols gegenüber, bei denen man sagen könne: Gott schütze mich vor meinen Freunden. (Hört! hört!) Redner erläutert alsdann das Bedürfnis der Einzelstaaten, die Belastung der Kommunen etc. und bezeichnet dies als eine im hohen Grade unbefriedigende, auf die Dauer unhaltbare Lage, der Abhilfe geschaffen werden müsse auf dem Wege der indirekten Steuern. Man habe von einer Seite eine Verminderung der Ausgaben vorgeschlagen; wer indessen die Sicherheit Deutschlands, wie die der Betheiligung des Reiches an den wichtigen Fragen wolle, der werde zugeben müssen, daß in absehbarer Zeit keine Ersparnisse gemacht werden können; der einzige Weg zur Beschaffung der erforderlichen Mittel sei der der Steuerreform. Dem Reiche fehlen noch immer die Einnahmen, welche die Selbstständigkeit der Finanzen desselben sichern; die erforderlichen 106 Millionen indirekter Steuern seien noch nicht vorhanden, das Ziel, das Reich auf selbstständige Einnahmen zu stellen, sei noch nicht erreicht, ebenso wenig das andere Ziel, eine befriedigende Reform der Finanzverhältnisse des Reiches herbeizuführen. Die verbündeten Regierungen seien deshalb dahin gelangt, die erforderlichen Einnahmen auf dem Wege des Tabakmonopols zu erzielen. Man habe von gewisser Seite das loyale Verhalten der Regierung angezweifelt und die Regierung im Lande zu diskreditiren gesucht. Diese Angriffe seien ganz ungerechtfertigt, denn die Verwendungen der Einnahmen aus den Zöllen und Steuern seien doch nur mit Zustimmung der Volksvertretung verwendet worden. Dadurch diskreditire man gleichzeitig das parlamentarische System. Die Zustimmung zu dem Tabakmonopol werde der Volksvertretung angenommen, weil damit ohne Schädigung des Tabakbaues, vielmehr unter Schonung und Förderung desselben ohne wesentliche Mehrbelastung der Konsumenten, namentlich der untersten Klassen, eine Einnahme erzielt werden könne von ca. 163 Millionen, also 118 Millionen mehr gegen die jetzige Einnahme. Die Vortheile des Tabakmonopols würden von den verbündeten Regierungen ebenso anerkannt, wie die Uebelstände, welche mit der Einführung desselben unzweifelhaft verbunden sind. Die Regierung gehe nicht leichtens Herzens über die Nachtheile fort, welche die Einführung des Monopols Fabrikanten und Händlern bereiten würde; es soll denselben daher Ersatz gegeben werden, wogegen viele von ihrem bisherigen Erwerbe würden lassen müssen. Die Regierung werde bei der Entschädigung nicht allein strenge Gerechtigkeit, sondern auch volle Billigkeit gelten lassen und glaubt mit ihren Vorschlägen in dieser Beziehung das Richtige getroffen zu haben. Die Kosten der Entschädigungen werden sich auf 256 Millionen belaufen. Eine höhere Besteuerung des Tabaks vermöge die Regierung in keiner anderen Form als der des Monopols besser und ohne Nachtheile für die Betheiligten herbeizuführen; alle anderen Besteuerungsformen würden mehr Belastung und Schaden für die Betheiligten im Gefolge haben, ohne die Entschädigung. Auf diesen Erwägungen beruhe der Glaube an die Unabwehrbarkeit des Monopols, welches doch einmal eingeführt werden müsse. (Rufe links: Nie! Niemals!) Die Uebelstände, welche mit der Einführung des Monopols verbunden seien, werden durch Hiniauschieben

der Bewilligung immer größer werden. Verweise das Haus die Vorlage an eine Kommission, so werde die Regierung bestrebt sein, die Verhandlungen derselben in jeder Beziehung zu fördern. Man möge dabei nicht vergessen: Wir wollen ja Alle das Beste des Vaterlandes! (Beifall rechts.)

Abg. Sandtmann rechtfertigt hierauf folgenden von der Fortschrittspartei (Ausfeldt u. Gen.) eingebrachten Antrag, zu erklären:

- 1) daß nach der erst durch Gesetz vom 16. Juli 1879 stattgehabten beträchtlichen Erhöhung der Tabaksteuer jede neue Störung der Tabakindustrie durch nochmalige Veränderung der Besteuerungsverhältnisse ausgeschlossen sein muß und daher die in der Eröffnungsrede vom 27. April eventuell in Aussicht genommene Erhöhung der Tabaksteuer nicht minder unzulässig sein würde, als die Einführung des Tabakmonopols;
- 2) daß die schon vorhandenen und in Zunahme begriffenen Einnahmen bei angemessener Sparsamkeit in allen Zweigen des öffentlichen Haushaltes die Mittel darbieten würden, um in der Steuer- und Zoll-Gesetzgebung Härten und Ungerechtigkeiten zu beseitigen.

Zur Begründung dieses Antrages weist Redner zunächst auf die Erfahrungen hin, welche Frankreich mit dem Tabakmonopol gemacht habe, und widerlegt hierauf die Ausführungen des Staatssekretärs, wobei er die Frage aufwirft, ob es denn überhaupt notwendig sei, daß der Tabak höher besteuert, die Bedürfnisse des Reiches aus der Tabaksteuer befriedigt werden müßten. Er freut sich, daß der Reichstag berufen sei, bei dieser Vorlage auch diese Frage in Erwägung zu ziehen. In der Kommission werde sich die Überzeugung Bahn brechen, daß eine solche Nothwendigkeit nicht vorhanden sei. Redner verweist alsdann darauf, daß die Tabak-Enquete-Kommission sich gegen das Monopol erklärt habe, und daß im Jahre 1879 erst eine erhebliche Erhöhung der Tabaksteuer beschlossen sei, und es sei nunmehr der Industrie die nöthige Ruhe zu geben. Der große Tabakkonsum in Deutschland sei nur durch die niedrigen Zölle möglich gewesen, trete jetzt eine bedeutende Erhöhung derselben ein, so sei eine Abnahme des Konsums und eine Veränderung in den Arbeiter-Verhältnissen unausbleiblich. In seinen weiteren, sehr schwer verständlichen Ausführungen weist Redner ferner darauf hin, daß die französische Regierung niemals behauptet habe, daß sie billiger verkaufe als der Fabrikant, das Höchste, was sie gewagt habe zu behaupten, sei, daß sie nicht theurer verkaufe. Redner verweist auf die Bedeutung des Schmuggels, welcher durch das Monopol befördert würde. Frankreich hoffe von der Einführung des Monopols in Deutschland eine Ersparnis von 37 Millionen Franks, weil es alsdann an seinen Grenzen die niedrige Zone nicht mehr gebrauche. Der Tabak könne nicht mehr bluten, wenn die Industrie nicht verbluten solle. Diese Industrie habe ein Anrecht auf den Schutz der nationalen Arbeit und deshalb sei er der Meinung, daß der Reichstag die Pflicht habe, denselben durch einen Beschluß zu Hülfe zu kommen, welcher es ausspricht, daß die Industrie nicht ruiniert, sondern ihr Zeit und Ruhe gegönnt werden soll. Die Bemerklichkeit des Monopols stehe so fest, daß es zu der Vorlage keiner Kommissions-Beratung bedürfe. (Beifall links.)

Abg. Hobrecht ist der Ansicht, daß die Bewilligungen, welche seit dem Jahre 1878 hier gemacht seien, ausreichenden, die einzelnen Bundesstaaten von den Matrikularbeiträgen zu befreien. Die Schwierigkeit liege nicht in der Größe der geforderten Summen, sondern bleibe zurück gegen die Verluste jener Kreise, welche in Mitleidenschaft gezogen wurden und bei den Objekten, auf welche die Vertreter der Steuerreform ihr Auge werfen. Die Reform werde begonnen, als die Regierung eine Majorität für sich hatte, augenblicklich, gerade bei dieser Vorlage, gebe es keine Majorität für die Regierung. Als im Jahre 1879 die Gewichtsteuer-Vorlage eingebracht wurde, da sei er (Redner) als damaliger Vertreter der Regierung wiederholt interpellirt worden, ob die Regierung mit denselben es aufgegeben habe, auf das Tabakmonopol zurückzukommen. Er habe eine solche Erklärung weder in der Kommission, noch im Plenum abgegeben. Von der Verlegung eines Versprechens kann also bei Vor-

lage des Monopols nicht gesprochen werden. Wohl aber hätte in der damaligen Vorlage ein thatsächliches Engagement gelegen, mit welchem die jetzige Vorlage nicht im Einklange stehe. (Hört, hört!) Man hätte zunächst die Gewichtsteuer ganz durchführen müssen, um Erfahrungen zu sammeln; die Durchführung des Gesetzes wurde aber verfrümmelt, weil Jedermann vor die Frage gestellt wurde, ob denn etwas Dauerndes geschaffen werden solle, und nun solle der Reichstag in die Beratung der Monopolvorlage eintreten, ohne die volle Wirkung jenes Gesetzes zu kennen. Er sei mit keiner Abnützung an die Prüfung der Vorlage herangeraten, aber er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß von dem Monopol nicht diejenigen Vortheile zu erwarten seien, die die Regierung von demselben erhofft. Wollte man aus dem Tabak hohe Erträge erzielen, so sei nach seiner Ansicht dies durch die Konkurrenz des freien Handels viel eher zu erreichen, als durch das Monopol, bei dem, trotz aller Versprechungen über die Förderung des Tabakbaues und dergleichen, doch schließlich das fiskalische Interesse den Ausschlag geben und leicht zu einer Einschränkung der Baubetriebe führen werde. Redner beleuchtet alsdann die nachtheilige Wirkung des Monopols auf den Tabakhandel und wendet sich alsdann zur Entschädigungsfrage. An 40,000 Menschen würden ihre Beschäftigung verlieren und das bedeute eine Landeskalamität. Die Versprechungen, welche man den Konsumenten mache, würden auch nicht gehalten werden können. Von der Einnahme von 348 Millionen rechnet man sehr willkürlich 280 Millionen auf Cigarren. Das könne sich aber sehr leicht anders gestalten, denn wenn sich der besser situierte Mann erst dem Tabak in der Pfeife zuwende, dann werde eine erhebliche Abnahme des Cigarrenkonsums eintreten. In Bezug auf die Güte der Fabrikate trete gerade der Vorzug der Privatindustrie hervor, die sich schnell überall dem jeweiligen Geschmacke anpassen könne. Es sei demnach eine bedeutende Verminderung des Konsums zu befürchten, denn bei einer Reise nach den Monopolländern wisse Jeder, daß, wenn er sich seinen Bedarf nicht mitbringe, er seinen Konsum einschränken müsse. Das trete künftig auch für Deutschland ein, wenn das Monopol eingeführt werde. Die Vorlage mache Versprechungen, die nicht erfüllbar seien, und je erster die Regierung es mit den Versprechungen nehme, desto mehr werde sie das Monopol auszunutzen und Produzent wie Konsument würden es hüben müssen. Der Geschmack werde sich nach dem Monopol richten müssen, und wenn dies geschehe, dann werde das Monopol weniger Ertrag bringen. Aus allen diesen Gründen habe er und seine Freunde die Ueberzeugung, daß das Monopol für Deutschland unbenutzbar sei, und so würden sie dagegen stimmen. (Lebhafter Beifall links.)

Unterstaatssekretär v. Mayr spricht zunächst seine Befriedigung darüber aus, daß das materielle Bedürfnis nach einer Finanzreform vom Vorredner anerkannt worden ist. Der Wunsch nach Ueberweisung von Reichseinnahmen an die Einzelstaaten gebe sich in denjenigen Staaten, denen er näher stehe, in Bayern und Elsaß-Lothringen, lebhaft kund. Redner bespricht die Verhältnisse in Bayern, wobei er wiederholt von der linken Seite des Hauses unterbrochen wird. (Fortwährend werden Rufe laut: Zur Sache! Wir sind hier nicht im Volkswirtschaftsrath! Sie sind nicht bayerischer Bundesbevollmächtigter! Bayern hat gegen das Monopol gestimmt!) Er (Redner) stimme darin mit dem Vorredner überein, daß man erst mit dem Tabaksteuergesetze Erfahrungen sammeln müsse, aber diese seit dem Jahre 1879 gesammelten Erfahrungen hätten gerade zu dieser Monopol-Vorlage geführt. Was die Schädigungen der Produzenten anlangt, so seien schon jetzt die Tabakbauer von den Segnungen der freien Konkurrenz nur wenig überzeugt; bei voller Durchführung des Gesetzes vom Jahre 1879 werden sie aber gewiß dem Monopol den Vorzug geben. Die Zeiten der Konjunktur seien längst vorüber. Im Uebrigen liege es in der Absicht der Reichsregierung, sämtliche Tabakarbeiter in der Staatsindustrie zu beschäftigen. Eine ausgiebige Besteuerung des Tabaks sei nur vom Monopol zu erwarten, das habe auch Herr Sandtmann anerkannt. Diese Erwägung allein habe zum Monopol geführt. Was die politische Seite der Frage anlangt, so werde derselben ein viel zu großes Gewicht beigelegt. Das Monopol bestehe in anderen Ländern schon seit Jahrzehnten, ohne

daß politische Bedenken sich an dasselbe geknüpft hätten. Redner weist die vom Abg. Sandtmann aufgestellte Behauptung, daß das Tabakmonopol altertümlich auf den deutschen Handel überhaupt einwirken, ja diesen zerstören müßte, als übertrieben zurück. Im Handel trete je nach den Zeitläufen ein Artikel in den Vordergrund; derselbe sei ausschließlich abhängig von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des Landes. Auf die Einzelheiten der Ausführungen des Abg. Sandtmann werde er in der Kommission näher eingehen.

Abg. v. Minnigerode: Die Verhandlungen haben sich in erfreulicher Weise auf rein sachlichem Gebiete bewegt, um so auffallender ist es, daß während der Rede des Herrn Regierungskommissars sich auf der linken ein auffällender Lärm erhoben hat und sogar der unerhörte Ruf: Zur Sache! erhoben worden ist. (Heiterkeit links.) Die Herren verkennen damit doch vollständig die Stellung, die sie den Vertretern des Bundesraths gegenüber einnehmen, und verletzen den Respekt, den sie den Herren Vertretern des Bundesraths schuldig sind. (Gelächter und Unruhe links; Rufe: Zur Ordnung! Abg. Richter ruft: Sie sind doch kein Schulmeister! Lärm und Ordnungsrufe rechts.)

Präsident von Levetzow muß, wie es sich aus der späteren Geschäftsordnungsdebatte ergibt, den Abgeordneten Richter in dem Augenblick zur Ordnung gerufen haben; gehört worden ist der Ordnungsruf bei der großen Unruhe des Hauses nicht) Abg. v. Minnigerode fährt fort: Ich will das eben drüben gebrauchte Bild nicht weiter ausführen, es könnte sonst für seinen Erfinder zu wenig schmeichelhaften Konsequenzen führen. Ich appellire aber an die Mitglieder, die schon länger im Hause sitzen, ob ein solcher Ton je erhört war; die Verhandlungen sind bis jetzt mit Anstand geführt worden und ich hoffe, daß das auch ferner der Fall sein wird, und daß Szenen, wie die heutigen, nicht wieder vorkommen, deshalb habe ich auch meine Bemerkung gemacht. (Heiterkeit und Unruhe links. Rufe: zur Ordnung! Abg. Richter ruft: Schade, daß der Herr nicht Korporal geworden ist. Große Heiterkeit.) Wir haben es heute nicht mit einer politischen Parteifrage zu thun, wie schon das Verhalten meiner Freunde zeigt. Einige von ihnen, namentlich die Herren aus Sachsen und Baden, sind Gegner des Monopols, andere sind Anhänger und eine dritte Richtung, der auch ich angehöre, steht prinzipiell dem Monopol nicht feindlich gegenüber, hat aber gegen seine Einführung unter den jetzigen Verhältnissen Bedenken. Ich verhalte mich also zur Zeit noch gewissermaßen neutral. Details haben wir heute schon genug gehört, ich kann mich daher auf die großen Gesichtspunkte beschränken. Stelle man sich auf den rein finanzpolitischen Standpunkt und erkenne man wie wir an, daß im Reiche und in den Einzelstaaten große finanzielle Bedürfnisse vorliegen, so kommt man nothwendig zu der Anerkennung, daß der Tabak zur Befriedigung derselben dienen muß. Deshalb können wir auch nicht dem Antrage der Fortschrittspartei zustimmen und aussprechen, daß man am Tabak nicht rütteln dürfe. Das steht fest: der Tabak muß mehr bluten, es fragt sich nur noch wie. Eine erhebliche Erhöhung der Gewichtsteuer halte ich für ausgeschlossen, denn sie würde für die Tabak-Industrie schlimmer sein, als das Monopol. Die Fabriksteuer bringt ja in Nord-Amerika hohe Erträge, setzt aber wesentlich andere Verhältnisse voraus, als bei uns zur Zeit bestehen. Die Defraudation nimmt bei denselben unerhörte Dimensionen an, die Hausindustrie, die bei uns eine so wichtige Bedeutung hat, kann bei der Fabriksteuer nicht aufrecht erhalten werden. Die Fabriksteuer hat also ein schönes Deckblatt mit höchst zweifelhafter Einlage. Es bleibt also von allen Besteuerungsarten nur das Monopol übrig, das sich für unsere Verhältnisse eignet. Die Vorlage beweist auch, daß die unglaublichen Uebertreibungen der Gegner — ich erinnere nur an den billigen Tabak zu 5 Mark und die Brodlosigkeit der Arbeiter — Phantasten waren, die einer Kritik nicht Stand halten können und durch den Entwurf verächtet worden sind. Man hat auch beim Monopol die Gewißheit, daß man wenigstens reinen Tabak zu rauchen bekommt; Veräufschungen sind ebenso ausgeschlossen, wie die Defraudationen, die Kontrolle ist eine sehr einfache. Es ergeben sich also für das Monopol folgende Erwägungen: Ein großes finanzielles Bedürfnis liegt vor, der Tabak muß zur Befriedigung desselben





